



RUNDBRIEF 1/2020

KOORDINATIONSGRUPPE 2054
SUDAN/SÜDSUDAN

AMNESTY
INTERNATIONAL



INHALT

Sudan

Politische Situation Januar – Juni 2020	3
Menschenrechtsverletzungen	6
Menschenrechtsrelevante Infos zu Corona	6
Menschenrechtsverletzungen durch Einsatz von Tränengas	8
Aktion zu Diskriminierung von Frauen im Sudan	8

Südsudan

Politische Situation Januar – Juni 2020	9
Verlängerung des UN-Waffenembargos und UNMISS	10
Menschenrechtsverletzungen	11
Menschenrechtsrelevante Infos zu Corona	12

Bild Seite 1: A woman (fighting for women`s rights) flashes the v for victory sign as Sudanese protesters demonstrate in Khartoum on July 25, 2019 (Photo by Ashraf Shazly / AFP)

AMNESTY INTERNATIONAL Deutschland e. V.
Koordinationsgruppe Sudan/Südsudan
Martina Liedke
E: info@amnesty-sudan.de . W: www.amnesty-zentral-ostafrika.de

SPENDENKONTO . Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE23 3702 0500 0008 0901 00 . BIC: BFS WDE 33XXX

Sudan

POLITISCHE SITUATION JANUAR – JUNI 2020

Entwicklungen seit Dezember 2019

Im **Dezember 2019** verlängern der Sudan und Südsudan ihr Ölabkommen und verwandte Vereinbarungen bis März 2022.

Gleichzeitig verschlechtert sich die Sicherheitslage in der umstrittenen Grenzregion Abyei. Es kommt zu vielen Menschenrechtsverletzungen.

Januar

Es finden weiter Demonstrationen im ganzen Land statt aufgrund der hohen Preise für Treibstoff und einem anhaltenden Mangel an Benzin. Am **24. Januar** erklärt Finanzminister Ibrahim El Badawi, dass Subventionen für Treibstoff in der zweiten Jahreshälfte allmählich erhöht werden sollen. Die Preise bleiben kontinuierlich hoch.

Der Sudan erklärt, dass er in Erwägung zieht, den ehemaligen, im letzten Jahr gestürzten Präsidenten Omar al-Bashir an den internationalen Strafgerichtshof (ICC) auszuliefern. Bashir ist wegen Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Genozid im Rahmen des Konflikts in Darfur von 2003-2008 angeklagt. Es ist jedoch noch völlig unklar, ob Bashir tatsächlich nach Den Haag ausgeliefert wird oder ob es zu einem gerichtlichen, ICC involvierten Prozess im Sudan kommen wird.

Die sudanesishe Regierung erlaubt allen internationalen Hilfsorganisationen wieder im Land zu arbeiten. Es wird ein Friedensabkommen zwischen Regierung und Rebellengruppe SPLM-N Malik Agar (Blue Nile, South Kordofan) unterzeichnet. Der Waffenstillstand in den beiden Regionen wird bis 31.3. verlängert. Sudanesishe Frauen fordern von der Regierung die Unterzeichnung des CEDAW (Beenden aller Formen von Diskriminierung gegen Frauen).

Februar

Die sudanesishe Regierung und die Rebellengruppen einigen sich in Juba über einen Frieden im Ost-Sudan. Es wird sich darauf geeinigt, dass 20% der Stellen im öffentlichen Dienst von Darfuri gestellt werden sollen. In den Nubabergen werden die Menschen weiter von Milizen der Popular Defence Forces angegriffen. (Radio Dabanga) Deutschland hat die Entwicklungszusammenarbeit mit Sudan wieder aufgenommen und unterstützt dies jetzt mit 80 Mio. Euro für Energie und Infrastruktur.

März

Am **9.März** wird ein Anschlag auf die Auto-Eskorte von Sudans Premierminister Abdallah Hamdok verübt. Der Premierminister überlebt unverletzt. Demonstrationen nach dem Anschlag signalisieren Unterstützung und Loyalität gegenüber Hamdok.

Am **13.März** wird der erste offizielle Coronavirus-Fall im Sudan bestätigt. Zwei Tage später werden alle Schulen, Universitäten und religiöse Stätten geschlossen. Der Security and Defense Council erklärt den gesundheitlichen Notstand. In den einzelnen Bundesstaaten herrschen Ausgangssperren.

Ab dem 17.März werden die Grenzen Sudans geschlossen.

Am 31.März gibt es offiziell 7 Fälle mit Coronavirusinfektion im Sudan. (Radio Dabanga, AA)

April

Im **April 2020** erscheint der jährliche Bericht über die Todesstrafe von Amnesty International. Der Sudan gehört zu den Ländern in Sub-Sahara-Afrika, der kontinuierlich Exekutionen durchführt. In 2019 war es eine. Ende 2019 gab es im Sudan 115 Personen gegen die die Todesstrafe verhängt wurde.

<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2020/04/sub-saharan-africa-must-protect-lives-by-abolishing-the-death-penalty/>

Am 18. April gibt es offiziell 92 Covid19-Infizierte im Sudan. Zu diesem Zeitpunkt gibt es 12 Menschen, die am Coronavirus verstorben sind. Problematisch ist ein starker Mangel an zuverlässigem Schutzmaterial für medizinisches Personal. Aufgrund dessen kommt es zu Protesten und Streiks des medizinischen Personals, u.a. in Nord Kordofan. In Khartoum gilt eine Ausgangssperre. So gibt es keinen öffentlichen Nahverkehr, Einkaufen ist nur zu bestimmten Zeiten erlaubt. (<https://www.dabangasudan.org/en/all-news/article/sudan-coronavirus-lockdown-12-dead-no-printed-newspapers-doctors-stay-home>).

Seit dem 27.4.2020 steht die Durchführung der Weiblichen Genitalverstümmelung (Female Genitale Mutilation, kurz: FGM) im Sudan unter Strafe. Dafür sorgt der neue Paragraph 141 des sudanesischen Strafgesetzbuches. Es droht Bußgeld bis hin zu einer 3jährigen Gefängnisstrafe. Für die Frauen im Sudan ist dies ein großer Schritt: Man geht davon aus, dass ungefähr 9 von 10 Frauen und Mädchen FGM erfahren haben. (<https://www.reuters.com/article/us-sudan-women-fgm-trfn/sudan-makes-female-genital-cutting-a-crime-in-new-era-for-womens-rights-idUSKBN22C2YV>)

Die Sudanese Umma Party (El Mahdi) beendet die Zusammenarbeit mit dem FFC. Sie fordert einen neuen Vertrag zur Regierungsbildung.

UN-Sicherheitsrat und PM Hamdok warnen vor einer gefährdeten Transition im Sudan wegen der verschlechterten wirtschaftlichen Lage.

Mai

Im **Mai** steigt die Inflationsrate auf 114,33%. Es ist ein strategisches Warenportfolio geplant. Es soll zu einer sicherstellenden Basisversorgung wichtiger Güter, zu einer Reduktion der Versorgungsengpässe, zu einer Lösung des Importproblems von Benzin, Weizen und Medikamenten führen und dem Export von Gummi Arabicum, Gold und Vieh zu Gute kommen.

Juni

Im Juni fordern 39 Organisationen, darunter Amnesty International, von den Regierungen in Ostafrika, den Zugang zu Asyl während der COVID-19-Pandemie zu gewährleisten. Die Organisationen appellieren an die Regierungen, Maßnahmen zu ergreifen, mit denen der aktuelle Gesundheitsnotstand bewältigt und gleichzeitig sichergestellt werden kann, dass Geflüchteten Schutz gewährt wird. Die Länder der HECA-Region (Horn, East and Central Africa) haben rund 4,6 Millionen Asylsuchende aufgenommen und haben eine lange Tradition der Aufnahme von Asylsuchenden. Vor der Pandemie nahmen die Länder kontinuierlich Menschen auf, die Schutz vor Gewalt und Konflikten, politischer Verfolgung oder anderen Bedrohungen suchten. Die Staaten haben im März 2020 mit der Schließung ihrer Grenzen begonnen, um die transnationale Ausbreitung von COVID-19 einzudämmen. Dabei wurde nicht für den Schutz der vielen Frauen, Männer und Kindern gesorgt, die vor Bedrohungen ihres Lebens und ihrer Freiheiten fliehen und Asyl beantragen müssen. <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2020/06/east-africa-people-seeking-safety-are-trapped-at-borders-due-to-covid-19-measures/>

Am **04.06.** beschließt der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen die neue politische Mission UNITAMS (United Nations Transitional Assistance Mission in Sudan) in Darfur, welche auch Unterstützung für die neue Übergangsregierung und Friedenskonsolidierung bieten soll. (Quelle: AA)

Die langjährige UNAMID-Mission in Darfur wird am 31.12.2020 beendet. Amnesty verlangt, dass UNAMID so lange bestehen bleibt, bis UNITAMS sich etabliert hat und die sudanesisische Regierung sich bereit erklärt und in der Lage ist, Menschenrechte zu schützen und sicherzustellen, insbesondere in solch vulnerablen Gebieten wie es Darfur ist. Denn nachdem viele Menschen allmählich wieder in ihre Dörfer zurückkehrten, wurden diese Ende 2019 und Anfang 2020 erneut angegriffen. Es gibt Berichte aus West Darfur über Plünderungen und Niederbrennen der Dörfer Dreissa, Thurr-Bogoge, Ballah und Swoloh-Murrey. Es folgten auch Berichte aus Zentral- und Süd-Darfur.

Am **9.Juni** gibt der Internationale Strafgerichtshof (ICC) in einer Pressemitteilung bekannt, dass Ali Kushayb sich in Gewahrsam des selbigen befindet, nachdem er sich freiwillig in der Zentral-afrikanischen Republik auf Grund des am 27. April 2007 gegen ihn erlassenen Haftbefehls gestellt hat. Ali Kushayb werden Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Verbindung mit dem langjährigen Krieg in Darfur vorgeworfen. Er war Mitglied der Popular Defense Forces und wahrscheinlich Befehlshaber der Janjaweed Milizen.

<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2020/06/sudan-after-ali-kushayb-surrender-government-must-hand-over-omar-al-bashir-and-others-to-icc/>

Der Streit um den Nil-Staudamm zwischen Ägypten, Äthiopien und Sudan ist immer noch nicht beigelegt. Er könnte eskalieren, wenn Äthiopien im Juli den Damm fluten würde. Ägypten hat jetzt den UN-Sicherheitsrat angefragt, um in dem Streit zu intervenieren. Ägypten und Sudan haben Angst vor Wassermangel falls es zur Flutung kommt.

Am **25. Juni** findet in Berlin eine internationale Geberkonferenz (Partnership Conference) zu Sudan mit 50 verschiedenen Teilnehmer_innen aus über 40 Staaten statt. Außerdem sind die UN, AU, EU, Weltbank beteiligt. Es wird über die wirtschaftliche und finanzielle Unterstützung des Sudans verhandelt. Die Konferenz sagt dem Sudan 1,8 Milliarden Dollar zu.

Menschenrechtsorganisationen kritisieren, dass der Sudan bisher zu wenig dafür getan hat, seine vergangenen Menschenrechtsverletzungen (MRV) aufzuarbeiten. Amnesty hat wiederholt gefordert, dass die begangenen MRV seit dem Umsturz im letzten Jahr untersucht und strafrechtlich verfolgt werden müssen. Dies trifft insbesondere auch auf den Sicherheitsapparat zu. Dieser ist verantwortlich für die meisten MRV. Amnesty fordert deshalb eine Reformierung des Sicherheitsapparates. <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2020/03/sudan-all-security-agencies-that-attacked-protesters-must-be-held-to-account/>
<https://www.amnesty.org/en/documents/afr54/1893/2020/en/>

Ende Juni kommt es in Nierteti in Central Darfur zu einem Sit-in vor den örtlichen Behörden. Tausende Menschen und Vertriebene prangern dort die anhaltende Gewalt gegen Zivilisten in ihrer Provinz an. Sie fordern die Absetzung der gegenwärtigen Sicherheitskräfte, der Mitglieder des militärischen Geheimdienstes und der paramilitärischen Rapid Support Forces (RSF).

Am 30.6., dem 31. Jahrestag des Putsches von Expräsident Omar Al-Bashirs, findet der „Marsch der Millionen“ in ganz Sudan statt. Tausende demonstrieren für politische Reformen und Gerechtigkeit in Sudan. Die Hauptforderungen der Demonstrierenden sind: Die Reformierung des Sicherheitsapparates (wird vom Militär abgelehnt), Ernennung ziviler Gouverneure, den Kurs der Revolution korrigieren, die strafrechtliche Verfolgung führender Personen des Al-Bashir-Regimes und die juristische Gerechtigkeit für die Opfer der Proteste.

Das Militär ging brutal gegen die Demonstrierenden vor, setzte Tränengas ein und erschoss zwei Personen.

Die seit Monaten anhaltenden Friedensverhandlungen zwischen der Übergangsregierung und Rebellengruppen sollten eigentlich am 20.6.2020 beendet sein. Bis heute gibt es aber noch keinen Friedensabschluss.

Menschenrechtsverletzungen

Seit Anfang 2020 kommt es wiederholt zu Gewaltausbrüchen in allen Regionen Darfurs, auch in Flüchtlingscamps. Im Januar gab es 24 Todesopfer in einem IDP-Camp in West-Darfur nach einem Streit zwischen verschiedenen Ethnien. In der Folge kam es zu Vertreibungen von bis zu 50000 Menschen, die jetzt unter einer sehr schlechten humanitären Situation leiden. Über 11000 Menschen sind in den Tschad geflüchtet. Die Leiter der Flüchtlingscamps in Darfur fordern mehr Schutz für die Einwohner_innen.

Im April kommt es zu einem gewaltsamen Militäreinsatz gegen Zivilisten in Central Darfur (Tamur Jameel Village). Sieben Frauen werden vergewaltigt, es gibt 2 Tote und mehrere Verletzte. Über 70 Häuser werden abgebrannt.

In Northern State kommt es zu gewaltsamen Demonstrationen von Minenarbeitern wegen der Schließung der Mine und des Marktes durch die Corona-Maßnahmen.

In der umstrittenen Region Abyei kommt es zur Eskalation von Gewalt, woraufhin Hamdok und Kiir die Sicherheitssituation dort neu diskutieren.

Es kommt immer wieder zu gewaltsamen Aktionen durch das Militär bei Auflösung von friedlichen Demonstrationen, besonders auch bei Protesten gegen die verhängten Corona-Maßnahmen. (El-Gedaref)

Mitte Mai kommt es zu schweren Unruhen in Kassala (Ostsudan) zwischen Nuba und Beni Amer Stämmen (8 Tote, 80 Verletzte). Hunderte Familien fliehen aus der Region. Auch in Südkordofan kommt es in Kadugli zu schweren Kämpfen (26 Tote, 9 RSF-Soldaten werden von ehemaligen Militärs getötet). Daraufhin töten die RSF 9 Personen in Kadugli, terrorisieren die Bevölkerung und kontrollieren den Distrikt.

Ende Mai kommt es in der Grenzregion zwischen Äthiopien und Sudan zwischen beiden Armeen zu Kämpfen mit zwei Toten. Die äthiopische Armee greift die Region um El Gedaref an und beschlagnahmt dort das Eigentum und landwirtschaftliche Projekte. 5000 Menschen fliehen daraufhin aus dem Gebiet.

Anfang Juni finden in Südwest Jebel Marra Kämpfe zwischen Rebellen und Regierungstruppen statt, zwei Frauen werden getötet, mehrere Kinder verletzt. Es gibt über 27000 neue Vertriebene, die auf Hilfe angewiesen sind.

Mitte Juni wird in der Nähe von Khartoum ein Massengrab entdeckt. Darin befinden sich Studenten, die 1998 erschossen wurden, als sie aus einem Trainingscamp flüchten wollten.

Ende Juni fliehen über 4000 Familien in die Nuba Mountains nach schweren Kämpfen in Kadugli (Südkordofan)(s.o.). Sie leben dort in sehr schlechten humanitären Verhältnissen.

Die humanitäre Situation im Sudan hat sich, auch durch die Corona-Pandemie, weiter verschlechtert. Aufgrund der extrem schlechten wirtschaftlichen Situation und besonders durch die hohen Preise kommt es zu Mangel an Rohstoffen und Nahrungsmitteln in der Bevölkerung. Zusätzlich hat eine katastrophale Heuschreckenplage in Ostafrika auch die Ernten in Teilen des Sudans zerstört. Hinzu kommt ein Wassermangel oder mangelhafte Wasserqualität in vielen Regionen des Landes. Nach UN-Angaben könnten in diesem Jahr 9,6 Mio. Menschen im Sudan von Nahrungsknappheit betroffen sein.

Menschenrechtsrelevante Infos zu Corona

Mitte März hat die Regierung den medizinischen Ausnahmezustand ausgerufen, alle Grenzen geschlossen, es gilt eine Ausgangssperre von 20 bis 6 Uhr. Das Gesundheitssystem ist mangelhaft, ohne Ressourcen, es gibt keine medizinische Ausrüstung. Freiwillige übernehmen die Aufklärung über Corona in der Bevölkerung. Im Sudan sind 9 Mio. von 40 Mio. Einwohner_innen auf humanitäre Hilfe angewiesen. Zudem befinden sich über 1,6 Mio. IDPs unter sehr schlechten Bedingungen in Camps. Viele Menschen haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser und einige

Regionen, wie Jebel Marra, sind nur sehr schlecht für humanitäre Hilfe zu erreichen. Da auch die Gefängnisse total überbelegt sind, hat die Regierung die Freilassung von Gefangenen angeordnet, um das Infektionsrisiko einzudämmen. In Omdurman wurden 4217 Gefangene freigelassen.

Ende März kam es zu gewalttätigen Protesten im El Hoda-Gefängnis in NW-Omdurman. Die Gefangenen fordern ihre Freilassung wegen der Gefahr einer Corona-Infektion durch die extreme Überbelegung. Die Polizei geht mit Gewalt und Tränengas gegen die Häftlinge vor, wobei ein Inhaftierter stirbt.

In Halayeb, im Norden des Red Sea State, haben sudanesishe Behörden 17 Personen beim illegalen Grenzübertritt von Ägypten nach Sudan festgenommen. Sie werden in Oseib bis zum Ende des medizinischen Ausnahmezustands festgehalten.

Anfang April wurde von mehreren Krankenhäusern des Landes berichtet, dass Ärzte von Polizisten misshandelt wurden, als sie Maßnahmen gegen Corona durchführen wollten. Daraufhin begann in vielen Einrichtungen ein Ärztestreik.

13.4.: PM Hamdok verhängt erstes Notstandsgesetz wegen Angriffen auf medizinisches Personal, Schmuggel und illegalem Lagern von Medikamenten und Hilfsgütern.

13.4.: Al-Bashir-Anhänger_innen demonstrieren gegen die Regierung unter PM Hamdok und die Einschränkungen wegen Corona. 30 Personen wurden festgenommen.

22.4. In Northern State kommt es bei Demonstrationen von Minenarbeitern gegen die Schließung von Minen und Märkten wegen der Corona-Maßnahmen zu gewaltsamen Ausschreitungen zwischen Polizei und Demonstranten. Auf beiden Seiten gibt es Verletzte.

5.5. In Khartoum nehmen die Proteste gegen die Ausgangssperre weiter zu, besonders auch wegen der Schließung von Moscheen. Die Polizei geht gegen Bashir-Anhänger während einer Demo gegen die Ausgangssperre vor; es gibt mehrere Festnahmen. Die Demonstranten fordern die Freilassung von Al-Bashir, weil einer seiner Mithäftlinge mit Corona infiziert ist.

8.5. Bei der Freilassung von Gefängnis-Insassen wegen der Gefahr von Infizierung mit Covid-19 in El Fasher/Darfur haben Inhaftierte das Gefängnis gestürmt. Die Polizei ging mit Gewalt gegen die Häftlinge vor und tötete dabei einen Häftling.

14.5. Krankenschwestern aus 30 Kliniken im Land streiken wegen mangelnder Schutzbekleidung. El Gedaref: Ein Aktivist wurde inhaftiert, als er einer Gruppe von jungen Leuten die Gefahren von Corona erklären wollte.

Ende Mai: Ärzte in Omdurman wurden bei einem Angriff verletzt, worauf es überall im Land zu Ärztestreiks kommt. Im Juni wird ein neues Gesetz zum Schutz der Ärzte verabschiedet.

Ende Juni: Die Polizei stürmt ein Gefängnis in Kassala (Ost-Sudan), als Insassen eine Revolte und einen Hungerstreik wegen inhaftierten Corona-Infizierten begannen.

Stand 30.6.2020: Corona-Infizierte: 9258, Todesfälle: 572

Menschenrechtsverletzungen durch Einsatz von Tränengas

Der globale Handel mit Tränengas ist international kaum reguliert und begünstigt so Menschenrechtsverletzungen durch die Polizei gegen friedliche Demonstrierende. Eine neue Website von Amnesty International informiert über den gefährlichen Einsatz von Tränengas und dokumentiert nahezu 80 Zwischenfälle in 22 Ländern und Gebieten. Zu diesen Ländern gehören auch die Demokratische Republik Kongo, Kenia und Sudan.

Im Sudan kam es 2019 im Zuge des Regierungsumsturzes zu wiederholten Tränengaseinsätzen gegen friedliche Demonstrierende. Sogar ein Krankenhaus blieb davon nicht verschont: Ärzt_innen in Omdurman vor den Toren der sudanesischen Hauptstadt Khartum berichteten Amnesty International, dass Sicherheitskräfte und Soldat_innen im vergangenen Jahr die Intensivstation eines Krankenhauses mit gesundheitsschädlichem Gas gestürmt hätten. Dabei wurden zehn Patient_innen verletzt. In einem Bericht hieß es: „Die Soldat_innen schossen mit Tränengas und scharfer Munition im Krankenhaus. Einige von ihnen kamen auf die Intensivstation und feuerten Tränengaskanister ab, von denen glücklicherweise nur einer explodierte.“ Ein Tränengaskanister wurde unter das Bett eines 70-jährigen Mannes geworfen, der wegen eines Herzstillstandes in Behandlung war. Er starb zehn Minuten später.

Aktion: Diskriminierung von Frauen im Sudan beenden

Nach monatelangen Protesten kam es im letzten Jahr zum Sturz des Langzeitpräsidenten Omar al-Bashir und zur Bildung einer Übergangsregierung. Die friedlichen Proteste wurden vor allem von Frauen und jungen Leuten getragen. Das Bashir-Regime reagierte mit brutaler Gewalt, was in dem Massaker vom 3. Juni 2019 gipfelte. Es gab über 100 Todesopfer und mehrere hundert Verletzte. Dabei gingen die Sicherheitskräfte besonders brutal gegen Frauen vor. Es kam zu vielen Vergewaltigungen und sexuellen Übergriffen auf Frauen, auch während der Haft.

Dass mehrheitlich Frauen demonstrieren haben, liegt in ihrer Unterdrückung durch das islamische Regime der Sharia und die „Gesetze der öffentlichen Ordnung“ begründet. Die Frauen im Sudan fordern jetzt ihre Freiheit, Frieden und Gerechtigkeit. Sie gehen für ein Leben in Würde auf die Straße. Sie fordern eine Verfassung, die ihnen gleiche Rechte und Macht wie den Männern garantiert, die ihr Geschlecht respektiert, gleiche Partizipation am sozialen Leben zugesteht, um ihr Leben zu verbessern.

Amnesty International begrüßt die im November 2019 eingeleiteten Reformen, die den Frauen im Sudan wieder mehr Rechte einräumen. Das unter al-Bashir erlassene „Gesetz zur öffentlichen Ordnung“ wurde ersatzlos gestrichen. Amnesty International fordert die Regierung auf, weiter zu gehen. [Sudan: Decision to repeal public order laws a step forward for women's rights | Amnesty International](#)

Um die Frauen im Sudan zu unterstützen, werden folgende Materialien zur Verfügung gestellt:

[Hintergrundinformationen Feb. 2020 END](#)
[Petition 2020 Sudan END](#)
[Übersetzung Petition Sudan 2020 END](#)
[Brief Prime Minister](#)

Wir würden uns freuen, wenn ihr die Frauen im Sudan mit unserer Aktion unterstützt !

Südsudan

Politische Situation Januar – Juni 2020

Anfang Januar hat Präsident Salvar Kiir 30 politische Gefangene begnadigt, darunter auch Peter Biar Ajak, ein Regimekritiker, der seit Juli 2018 in Juba inhaftiert war und für den sich Amnesty International eingesetzt hatte.

Mitte Januar wurde eine Waffenruhe mit allen Konfliktparteien vereinbart und erstmals wieder Hilfslieferungen aus dem Ausland ermöglicht.

Die Bildung einer Übergangsregierung wurde bereits 2018 im Friedensabkommen vereinbart. Bis zum 22.02.2020 wurde dies immer wieder verschoben, da die Vorbedingungen nur verzögert umgesetzt wurden. Der frühere Vizepräsident Riek Machar wurde erneut von Präsident Kiir zu diesem Amt berufen und vereidigt. Die bisherige Regierung wurde aufgelöst und eine Übergangsregierung gebildet. Die nächsten Wahlen sollen in drei Jahren stattfinden. Kiir und Machar sind sich uneinig über die Anzahl der Bundesstaaten, einigen sich letztendlich auf 10 Staaten und drei administrative Zonen (Pibor, Ruweng, Abyei). Die Rebellen lehnen diese Vereinbarung ab. Das neue Kabinett besteht aus 34 Vertreter_innen aus bisheriger Regierung und Opposition.

Weiterhin werden die Parteien dazu angehalten, im Geiste zusammenzuarbeiten und die Inklusivität und die Kompromisse des Abkommens zu erfüllen. Um den Menschen im Südsudan einen nachhaltigen Frieden zu gewährleisten, gehört auch eine Neuordnung des Sicherheitssektors unter Einbeziehung aller Parteien, der Aufbau von Rechtsstaatlichkeit, ein transparentes Regierungshandeln und eine transparente Justiz, in das die Menschen Vertrauen können. Durch die Bildung einer Übergangsregierung besteht nun die Möglichkeit dies aufzubauen.

Bei dem Aufbau spielen Frauen eine bedeutsame Rolle. Deutschland und der UN- Sicherheitsrat setzten sich ebenfalls aktiv dafür ein. Im Südsudanesischen Friedensabkommen erwirkte Amer Manyok Deng die Zusage, dass 35% Frauen an der Regierungsbildung bzw. in öffentlichen Ämtern teilhaben sollen. Die Vorsitzende des South Sudan Woman`s Bloc Amer Manyok Deng würde mittlerweile eine Quote von 50% bevorzugen.

Im April hatte Präsident Kiir noch keine Erneuerung von Gouverneuren in den 10 Bundesstaaten vorgenommen.

Im Mai kommt es zum Streit zwischen Kiir und Machar wegen der Machtaufteilung der Bundesstaaten untereinander. Am 18.06.2020 haben sich die Regierungspartner im Südsudan über die Machtaufteilung geeinigt. Laut Angaben vom Präsidentschaftsminister Nhial Deng Nhial wird Salva Kiir sechs Bundesstaaten kontrollieren, darunter der ölfreiche Staat Unity sowie Central Equatoria (in dem die Hauptstadt Juba liegt). Vizepräsident Riek Machar soll drei Bundesstaaten regieren, darunter Upper Nile, welcher die größte ölproduzierende Region des Landes ist. Die dritte unterzeichnende Partei, die „südsudanesische Oppositionsallianz (SSOA)“ des Friedensabkommens soll im Bundesstaat Jonglei herrschen. Somit ist aufgeteilt, was als schwerstes Hindernis seit März zwischen Kiir und dem Rebellenführer Machar gilt.

Kritik am langsamen Prozess der Übergangsregierungsbildung kommt nicht nur von Amnesty International. Auch die Kommission der Vereinten Nationen für Menschenrechte hält fest, dass es zwar staatliche Einnahmen in Höhe von Millionen Euros im Südsudan gibt, aber die Südsudanese_innen von Regierungsangehörigen unter Präsident Salva Kiir wissentlich dem Hungertod ausgeliefert sind. Die Einnahmen kommen nicht der Bevölkerung zu Gute, sondern scheinen in private Taschen zu landen. Erschwerend kommt hinzu, dass politische Rivalitäten und Gewalt das Land immer noch erschüttern.

<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2020/03/south-sudan-time-for-justice-and-reform-no-celebrations-just-yet/>

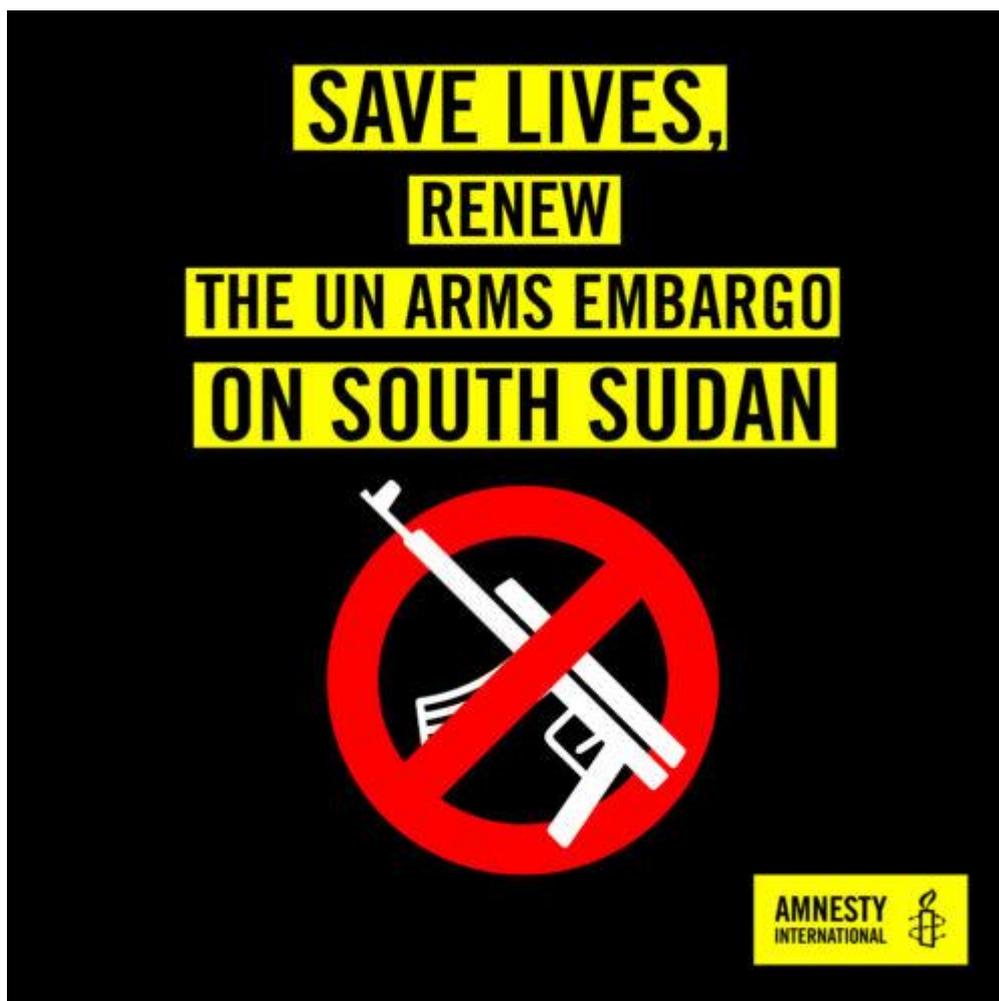
Eine neue Bewegung im Südsudan: 7th October Movement

Der Geschäftsmann und Philanthropist Kerbino Agok Wol, der zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt wurde (angeblich einer der Anführer bei Unruhen im nationalen Sicherheitshauptquartier) und Anfang des Jahres freigelassen wurde, gründete eine neue Rebellengruppe: die 7th October Movement (2018). Mit der Bewegung, der viele junge Menschen folgen, wollte Wol die Regierung zu einem Wandel in der Politik bewegen. Kurz nach den Unruhen soll die Regierung Wols private wie auch geschäftliche Konten eingefroren haben. Wol verließ die Hauptstadt Juba und bewegte sich nach eigenen Angaben mit 1.000 jungen Männern, die seiner Bewegung angehörten, in den ländlichen Raum des Südsudan. Von dort aus sollte die Bewegung ihren Lauf nehmen. Kerbino A. Wol: "We are starting in the countryside and later walk our way [to] the capital." Wol kämpfte für Frieden, er führte an, dass Tausende in den ländlichen Räumen starben. Amnesty International setzte sich für seine Freilassung als gewaltsamer politischer Gefangener ein.

Kerbino A. Wol wurde im Juni bei einer militärischen Konfrontation in Rumbek East County getötet. [In memory of Kerbino Wol - Sudan Tribune: Plural news and views on Sudan](#)

Verlängerung von UNMISS und des UN-Waffenembargos

Die 15 Mitglieder des UN-Sicherheitsrates beschlossen eine Verlängerung der Friedensmission UNMISS bis Ende Februar 2021. Der UN-Sicherheitsrat stimmt außerdem der Verlängerung des UN-Waffenembargos bis Mai 2021 zu.



Der UN-Sicherheitsrat hat am 30.5.2020 eine Resolution verabschiedet, mit der einzelne Sanktionen und ein

Waffenembargo im Südsudan bis Mai 2021 verlängert werden, obwohl Russland, China und Südafrika dies ablehnen. Die von den Vereinigten Staaten ausgearbeitete Entschliebung erhielt 12 Stimmen, wobei sich die drei oben genannten Länder der Stimme enthielten.

Der Rat plante außerdem eine Halbzeitüberprüfung bis zum 15. Dezember und brachte seine "Bereitschaft zum Ausdruck, Anpassungsmaßnahmen in Betracht zu ziehen ... auch durch Änderung, Aussetzung, Aufhebung oder Stärkung".

Der Sicherheitsrat wurde außerdem gebeten, bis Ende Oktober einen Bericht über die Rolle des Waffenembargos bei der Umsetzung eines Friedensabkommens von 2018 vorzulegen und Optionen für die Entwicklung von Benchmarks bereitzustellen. Amnesty International begrüßt die Erneuerung des Waffenembargos:

"Es ist entscheidend, den Waffenfluss zu drosseln, mit dem Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen begangen wurden", sagte Deprese Muchena, Direktorin von Amnesty International für Ost- und Südafrika, und forderte alle UN-Mitglieder auf, das Embargo anzuwenden.

Hier die Original Pressemeldung: [South Sudan: Renewal of UN arms embargo a welcome move to protect lives | Amnesty International](https://www.amnesty.org/en/latest/news/2020/04/oped-african-states-on-un-security-council-must-support-renewal-of-south-sudan-arms-embargo/)

<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2020/04/oped-african-states-on-un-security-council-must-support-renewal-of-south-sudan-arms-embargo/>

Amnesty International deckte bereits im Mai 2020 auf, dass sich mehrere bewaffnete Gruppen nicht an das gültige Embargo gehalten hatten. Es handelte sich teils um Militärlager der South Sudan People's Defence Forces (SSPDF), die Sudan People's Liberation Army- In Opposition (SPLA- IO) und die South Sudan Opposition Alliance (SSOA) sowie Teile der Polizei, Feuerwehr und der Wildhüter. Amnesty deckte auf, dass Kleinwaffen und Munition illegal ins Lang gelangten, entgegen des Abkommens zwischen Regierung und Opposition, auch illegal versteckt wurden. Weiter zeigten die Recherchen, dass Panzerfahrzeuge ohne Lizenz an bewaffnete Gruppen weitergegeben wurden. Regierungstruppen wie auch Truppen der ehemaligen Opposition verweigerten die Zusammenarbeit mit den Inspektor_innen der Intergovernmental Authority on Development (IGAD). Hier der Link zum englischen Originalbericht: [South Sudan: Evidence of violations and illicit concealment of arms must spur UN to renew arms embargo | Amnesty International](https://www.amnesty.org/en/latest/news/2020/04/oped-african-states-on-un-security-council-must-support-renewal-of-south-sudan-arms-embargo/)

Menschenrechtsverletzungen

Die Sicherheitslage ist im Südsudan immer noch nicht stabil. Die zahlreichen Konflikte auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene tragen zu einem unruhigen Klima mit Gewaltpotential bei.

Im Januar kommt es nach einem Streit zwischen Dinka und Misseriya in Abyei zu einem Massaker mit 32 Toten und 25 Verletzten.

Im Februar werden 78 Frauen und 50 Kinder von den bewaffneten Rebellen (SPLM-IO) freigelassen. Seit 2018 wurden mehr als 500 Frauen entführt und sexuell missbraucht.

Trotz der Grenzschließung nach Uganda wegen Maßnahmen gegen Corona, fliehen Menschen dorthin, um Nahrung und Geld von humanitären Organisationen zu bekommen.

Ende April taucht die Lords Resistance Army wieder im Südsudan auf. Die Soldaten hatten sich in die DR Kongo zurückgezogen. In Western Equatoria State kam es zu Tötungen von Zivilisten an den Grenzen zu Uganda und DR Kongo. Auch in Central Equatoria gab es mehrere Tote bei Kämpfen zwischen SPLM-IO und NAS.

Im Mai kommt es zu einem Gewaltausbruch im Zentrum des Landes (Bezirk Uror) zwischen zwei Bevölkerungsgruppen. Es gibt über 100 Tote und Dutzende Verletzte.

Im Juni bestätigt UNMISS eine Zunahme von Vergewaltigungen und sexueller Gewalt und Zerstörung von Eigentum in Central Equatoria.

Amnesty International hat für das Jahr 2019 mindestens 657 Hinrichtungen in 20 Ländern dokumentiert, ein Rückgang um 5 Prozent im Vergleich zu 2018 (mindestens 690). Dies ist die niedrigste Zahl an Hinrichtungen seit einem Jahrzehnt, die Amnesty International verzeichnet hat. In AFRIKA südlich der Sahara waren vier Länder von Hinrichtungen betroffen.

Botsuana, Somalia, Sudan und Südsudan – führten in Summe 25 Hinrichtungen in 2019 durch. Insgesamt haben die registrierten Hinrichtungen in der Region im Vergleich zu 2018 um einen Fall zugenommen. Im zweiten Jahr in Folge sah Südsudan einen alarmierenden Anstieg an Hinrichtungen. Es wurden mindestens elf Personen in 2019 hingerichtet, die höchste Zahl seit der Unabhängigkeit des Landes im Jahr 2011. Von den hingerichteten Personen stammten drei aus derselben Familie, eine war zum Tatzeitpunkt noch minderjährig und zum Zeitpunkt der Verurteilung zum Tode erst 17 Jahre alt. In Somalia wurden zwölf Personen in 2019 hingerichtet. Die Zahl der Todesurteile stieg um 53 Prozent, von mindestens 212 im Jahr 2018 auf mindestens 325 im Jahr 2019. Die Zahl der Länder, die Todesstrafen verhängten, erhöhte sich von 17 im Jahr 2018 auf 18 in 2019.

Hier geht es zum englischen Original-Bericht: [ACT5018472020ENGLISH](#)

Menschenrechtsrelevante Infos zu Corona

Seit dem Ausbruch der Atemwegserkrankung COVID- 19 finden im Südsudan verstärkte Einreisekontrollen, Gesundheitsprüfungen mit Temperaturmessungen und Einreisesperren statt.

Der internationale Flughafen ist seit dem 12. Mai wieder geöffnet. Seit dem 1. Juni gibt es wieder Flüge nach Addis Abeba (Äthiopien) und Einreisen sind mit einem negativen COVID- 19 Test, einem gültigem Visum und triftigem Einreisegrund möglich.

Nach der Einreise ist eine 14 tägige Selbstquarantäne verpflichtend. Inlandsreisen sind unter Auflagen wieder möglich, allerdings eingeschränkt und einem vorab absolviertem COVID- 19 Test.

Die seit 25. März 2020 landesweite nächtliche Ausgangssperre, wurde zum 9. Mai gelockert. Die Beschränkungen gelten nun erst von 22 – 6 Uhr morgens. Sicherheitskräfte sind damit beauftragt die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen und durchzusetzen. Restaurants können unter strengen Hygienebestimmungen bis zur Ausgangssperre öffnen. Geschäfte und Märkte haben ebenfalls, unter der Auflage nicht mehr als fünf Personen einzulassen, geöffnet. Große Veranstaltungen sind immer noch untersagt, dies gilt weiterhin ebenfalls für Gottesdienste wie auch für Schulen und Universitäten.

Abgesehen von Sicherheitsgründen, wird auf Grund der Ansteckungsgefahr davon abgeraten, die eingeschränkt fahrenden öffentlichen Verkehrsmittel zu nutzen.

Momentan (Stand 07.07.20) gibt es etwas mehr als 2.000 bestätigte COVID- 19 Infizierte und 38 Todesfälle im Südsudan. Es wird erst seit kurzem außerhalb der Hauptstadt getestet und wie viel getestet wird ist nicht genau bekannt.

Die Grenzkontrollen der offiziellen Grenzübergänge finden kaum bis gar nicht statt (ganz zu schweigen von den inoffiziellen).

Schon vor der Pandemie war die humanitäre Lage im Südsudan katastrophal. Circa 7,5 von 11 Millionen Menschen sind auf Nothilfe angewiesen. Bei einem Ausbruch des Coronavirus wird das eh schon sehr marode

Gesundheitssystem sofort zusammen brechen. Eine weitere Folge dieses Zusammenbruchs wäre der Ausfall von wichtigen Impfungen, routinemäßige Behandlung von Malaria, Durchfall und Lungenentzündungen.

Eine fast noch größere Bedrohung als der Coronavirus ist die nahende Hungerkatastrophe. Durch die Schließung der Schulen verlieren die Kinder, die zur Schule gehen konnten, teils ihre einzige warme Mahlzeit am Tag.

Die Lebensmittelpreise steigen für die arme Bevölkerung ins Unermessliche. Zum Beispiel Sorghum (tägliches Grundnahrungsmittel) ist in den letzten Monaten um 100% gestiegen. Wogegen die Löhne gleich bleiben bis hin zum Verlust der Einkommensquelle, da vor allem Tagelöhner durch die Corona bedingte Verringerung der Handelsbewegungen, keine Arbeit mehr finden. Hinzu kommen noch die Heuschreckenschwärme die vom Horn von Afrika in den Südsudan wandern. Momentan befinden sie sich an der südsudanesischen Grenze zu Uganda und verursachen einen erheblichen Schaden, dessen Folgen noch nicht abzusehen sind. Die FAO versucht mit Pestiziden gegen die Heuschrecken vorzugehen. Allerdings sind die Folgen für die Umwelt, die einheimischen Insekten und die Bevölkerung nicht abzusehen. Vor allem Kinder sammeln Heuschrecken gerne ein und verwenden sie als Snack. Welche Auswirkungen die pestverseuchten Heuschrecken auf die Menschen haben werden ist noch nicht abzusehen.

Nach dem späten Ausbruch von Covid-19 im Südsudan kommt es in vielen Teilen der Bevölkerung zu Beschwerden und Protesten wegen der mangelnden Aufklärung und der schlechten Versorgung. Es gibt einen extremen Mangel an medizinischer Versorgung (im ganzen Land gibt es nur 80 Intensivbetten!). Besonders in den Flüchtlings-Camps (Nuba Mountains) ist die Situation katastrophal. Es mangelt an Trinkwasser, oder die Qualität ist mangelhaft.

Sollte Corona sich weiter ausbreiten, sind besonders die 1,5 Mio. IDPs (Internally Displaced People) und die Inhaftierten in den überfüllten Gefängnissen gefährdet. Die Regierung hat nach einem internationalen Aufruf von NGOs und UN, über 1000 Inhaftierte entlassen. Mitte Mai ist es zu ersten Corona-Fällen in Flüchtlingscamps gekommen, die vermutlich durch UNMISS-Soldaten infiziert wurden.

Es gibt immer wieder Berichte, wonach Einwohner, die gegen die Ausgangssperre verstoßen, von der Polizei verhaftet, geschlagen und bestochen wurden.

<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2020/05/as-covid-19-burns-the-worlds-forgotten-wars-continue-to-take-their-toll-on-civilians-as-well/>

<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2020/06/east-africa-people-seeking-safety-are-trapped-at-borders-due-to-covid-19-measures/>